

Reichstagswähler des Wahlkreises Düsseldorf!

Für den Wahlkreis Düsseldorf findet am 19. September eine

Nachwahl zum Reichstage

statt. Die Wähler im Wahlkreis Düsseldorf bekommen also schon einige Monate vor den allgemeinen Neuwahlen zum Reichstage Gelegenheit, ihre Meinung über die bisherige Reichstagstätigkeit zu erkennen zu geben. Sie bekommen Gelegenheit, durch die Abgabe des Stimmzettels zum Ausdruck zu bringen, ob sie mit der Art, wie bisher im Reichstage die Gesetzgebung ausgeübt wurde, zufrieden sind, oder ob sie eine

Änderung der Reichstagstätigkeit von Grund aus verlangen.

Wähler!

Es ist eine sehr wichtige Entscheidung, die Ihr am 19. September zu treffen habt.

Bedenkt, daß der Reichstag durch seine Gesetzgebung sehr tief in das Leben des ganzen Volkes wie des einzelnen Staatsbürgers eingzugreifen vermag.

Bedenkt weiter, daß die bisherige Gesetzgebung des Reichstages bei den breitesten Schichten der Bevölkerung keine Befriedigung, sondern

lebhafteste Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Darum ist es notwendig, daß

sich jeder Wähler seine Stimmabgabe am 19. September reiflich überlegt,

denn am Wahltag haben die Wähler es in der Hand, die zukünftige Gestaltung der Reichsgesetzgebung zu beeinflussen.

Darum ist auch die Ausübung des Wahlrechts eine so wichtige und hohe Pflicht eines jeden Staatsbürgers!

Um für die Entscheidung, die jeder Wähler am 19. September zu treffen hat, zur Klarheit zu gelangen, können nur die Erfahrungen, die das Volk mit dem Reichstage in seiner bisherigen Zusammensetzung gemacht hat, als Richtschnur dienen. Nur die

gesetzgeberischen Taten des Reichstages

können dem Wähler seine Stellungnahme zur Neuwahl anweisen,

nicht die Versprechungen,

die ihm vor der Reichstagswahl gemacht werden.

Die Wählerschaft, die sich noch einmal auf die Versprechungen vor der Wahl verlassen wollte, wäre wert, noch mehr als bisher bedrückt zu werden.

Die Wählerschaft, die nach den Vorgängen vor der Reichstagswahl 1907 noch einmal auf die

Worte der heutigen Gesetzgeber bauen wollte, sie müßte mit Blindheit geschlagen sein.

Was ist dem deutschen Volke nicht alles vor den Wahlen, von jeher und besonders vor der Reichstagswahl 1907, versprochen worden! Immer und immer wieder hat man dem Volke vorgeschwindelt, es brauche nur einen „guten Reichstag“ zusammenzuwählen und goldene Zeiten würden für es anbrechen. Immer wieder hat man dem Volke ver-

seine Rechte zu erweitern,
seine Lasten zu erleichtern,
seine Existenzmöglichkeit zu verbessern.

Und was ist aus all
den Versprechungen ge-
worden?

Sie sind nicht gehalten worden!

Was ist eingetreten?

**Die Rechte des Volkes sind nicht
erweitert worden!**

**Weitere Lasten sind dem Volke
anferlegt worden!**

**Die Existenzmöglichkeit weiter
Volksschichten ist immer unsicherer
geworden!**

Nicht bloß für die Lohnarbeiter, auch für das Kleinhandwerk, auch für das große Heer der Angestellten in Industrie und Handel, auch für den Kleinbauern, überhaupt für alle Schichten der werttätigen Bevölkerung ist die Unsicherheit der Existenz größer geworden. Sie alle müssen immer schwerer um ihres Lebens Notdurft, um ihre Existenz ringen; sie alle haben durchaus keinen sichern Boden mehr unter den Füßen für den Aufbau der Zukunft auf den jetzigen Verhältnissen. — Dagegen ist die Vermehrung des Reichtums und des Ueberschusses bei der an Zahl so kleinen Schicht der Kapitalisten gerade in Deutschland ins Riesenhafte gewachsen!

**Auf der einen Seite wächst die Zahl der-
jenigen von Tag zu Tag, die in immer
größere Abhängigkeit von einigen wenigen
Großkapitalisten und Großgrundbesitzern
geraten.**

**Auf der anderen Seite steigt die Macht
und der Einfluß der kleinen Zahl der
Schwerreichen Leute ins Angemessene!**

Aber wer will sich über diese Gestaltung der Dinge wundern? Trägt doch zu dieser Entwicklung eine Gesetzgebung in erster Linie mit bei, die die meisten

**Lasten des Staates der werk-
tätigen Bevölkerung anferlegt
und die**

**großkapitalistischen Kreise
möglichst schon.**

Eine solche Gesetzgebung ist gerade im Deutschen Reichstage von jeher geübt worden. Ja, noch mehr!

Man hat sich hier nicht damit begnügt, fast alle Lasten des Staates auf dem Wege der indirekten Besteuerung von den breiten Massen des Volkes einzutreiben, sondern man hat die Zoll- und Steuergesetzgebung auch noch so gestaltet, daß dadurch Großgrundbesitz und Großkapital Millionen und Milliarden in den Schoß geworfen wurden.

Durch die Zollpolitik, die angeblich dem „Schutz der nationalen Arbeit“ dienen soll, hat man nicht nur die mit Zoll belegten Waren vom Ausland verteuert, sondern auch den Großgrundbesitzern und Großindustriellen des Inlandes die auswärtige Konkurrenz vom Leibe gehalten; ihnen die Möglichkeit gegeben, den Konsumenten im eigenen Lande viel höhere Preise abzunehmen, als sie sonst bekommen würden. Die Zollpolitik hat die Bildung von

Trusts und Syndikate

in der schweren Industrie ermöglicht, die den ausgesprochenen Zweck haben,

**die Preise für die Produkte
dieser Industrien hoch zu
erhalten!**

An dieser Gesetzgebung haben alle bürgerlichen Parteien mitgewirkt. Sie alle sind verantwortlich dafür, wenn infolge einer solchen Gesetzgebung die breiten Massen des Volkes unter so schwierigen Verhältnissen um ihre Existenz zu kämpfen haben. Die bürgerlichen Parteien im Reichstage sind verantwortlich dafür, daß infolge der Gesetzgebung die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sprunghaft gestiegen sind und daß damit die Lebenshaltung des Volkes eine immer gedrücktere geworden ist.

**Die bürgerlichen Parteien ohne
Ausnahme sind verantwortlich
dafür, daß die militärischen
Rüstungen ins Ungeheuerliche
gesteigert**

worden sind und damit die Ursache der immer mehr steigenden Volksbelastung sich in stetig wachsender Schwere immer wieder erneuert.

Nur die

Sozialdemokratie

hat sich stets und ständig gegen die volksauswuchernde Zollpolitik und indirekte Steuergesetzgebung gewandt.

Nur die Sozialdemokratie hat von jeher Front gemacht gegen den Rüstungswahnsinn zu Wasser und zu Lande, an dem das Volk verblutet.

Nur die Sozialdemokratie hat immer wieder Gesetz gefordert, die Leben und Gesundheit sowie die Existenz derer sichern sollen, die durch ihre Arbeit zur Erhaltung der Gesellschaft beitragen, deren Tätigkeit bis heute aber nur einigen Kapitalbesitzern im Grundbesitz und Industrie zugute kommen.

Aber immer wieder waren es die bürgerlichen Parteien, die der Sozialdemokratie entgegenwirkten, ihre Gesetzesvorschläge höhrend ablehnten,

**eine gesetzgeberische Tätigkeit
der Sozialdemokratie verhin-
derten.**

Und das alles nur deshalb, weil man die Interessen der kapitalistischen Kreise in Landwirtschaft und Industrie schützen will vor den Forderungen der Sozialdemokratie, die sich mit dem Verlangen des Volkes decken.

**Darum, Wähler, auf-
gepaßt!**

Bei den Wahlen gehen Euch die bürgerlichen Parteien an, Eure Stimmen für sie abzugeben.

Dann denkt daran, was die bürgerlichen Parteien im Reichstage bis jetzt getan haben und dann entscheidet!

Wer die Interessen von Großkapital und Großgrundbesitz vertritt, der kann nicht zugleich die Interessen der breiten Masse des Volkes wahrnehmen, denn nur aus der Ausbeutung und Auswucherung der breiten Masse ziehen die kapitalistischen Kreise ihre Macht.

Wer Euch, Wähler, also sagt, daß er für
alle

Kreise der Bevölkerung,
für Kapital und für Arbeit
zugleich eintreten will,

der belügt Euch,

denn niemand kann zweien Herren dienen!

Entweder fördert man die Interessen von Großgrundbesitz und Großkapital, dann kann man nicht zugleich dem Volke dienen; oder man nimmt sich der Interessen des Volkes an, dann muß man

**in schärfste Kampfstellung
gegen die kapitalistischen
Kreise**

geraten, die heute noch die Macht im Staate haben.

Und diese letztere Haltung nimmt von allen politischen Parteien nur die Sozialdemokratie ein!

Bei der bevorstehenden Nachwahl im Wahlkreis Düsseldorf treten nur zwei Parteien auf den Kampfplatz um das Düsseldorfer Reichstagsmandat:

Sozialdemokratie und Zentrum.

Die nationalliberale Partei will sich an der Wahl nicht beteiligen, schaltet sich also selbst aus bei dem Ringen um den Reichstagsitz. Andere Parteien aber kommen hier für eine Wahl kaum in Betracht, und wenn selbst die eine oder andere politische Gruppe einen Kandidaten aufstellt, so ändert das nichts daran, daß der

**Hauptkampf zwischen Sozial-
demokratie und Zentrum aus-
gefochten wird.**

Wähler!

Könnt Ihr am 19. September Eure Stimme einem
Zentrumsandidaten geben?

Wir sagen nein!

Alles, was oben angeführt ist von den bürgerlichen Parteien, trifft auf das Zentrum ganz besonders zu.

Das Zentrum hat mit den Konservativen und Nationalliberalen die Hochschutzzollpolitik gemacht.

Das Zentrum ist verantwortlich für die ungeheure Steigerung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande.

Das Zentrum pflegt seit langem eine ausgesprochen agrarisch-kapitalistische Politik.

Und wie hat das Zentrum besonders im jetzigen Reichstage seine Tätigkeit entfaltet? Wie hat die Zentrumsfraktion im Reichstage alle die Versprechungen des Zentrums von 1907 erfüllt?

Gar nicht!

Das Zentrum, das 1907 in der Opposition gegen den Reichskanzler Bülow stand, hat damals seinen Wählern versprochen, keinen neuen Belastungen der breiten Masse seine Zustimmung zu geben.

Es hat den Arbeitern versprochen, für eine Förderung der Sozialpolitik einzutreten.

Es hat dem Kleinbürgertum versprochen, die Wahrung seiner Interessen sich besonders anlegen sein zu lassen.

Und was hat das Zentrum im jetzigen Reichstage getan?

Das Zentrum hat die „Reichsfinanzreform“ zur Annahme gebracht und damit der breiten Masse des Volkes neue ungeheuerliche Lasten aufgehäuft.

Das Zentrum hat bei der Reichsversicherungsordnung seine Hand zu tief einschneidenden Verschlechterungen geboten und dadurch den Arbeitern wichtige Rechte genommen.

Das Zentrum hat Steuern auf Bier, Tabak und Streichhölzer, auf Leuchtmittel und den Geldverkehr gelegt und dadurch die

Existenz der Arbeiter und Kleinbürger bedeutend erschwert, den Kredit kleiner Gewerbetreibenden und Kleinbauern erheblich verteuert.

Das Zentrum hat aber auch dafür gesorgt, daß den reichen Schnapsbrennern die Liebesgabe von vielen Millionen auch für die Zukunft verbleibt.

Das Zentrum hat dafür gesorgt, daß die Millionenerbschaften an Kinder und Ehegatten von jeder Abgabe befreit bleiben.

Und darum fragen wir noch einmal:

Kann ein Wähler am 19. September seine Stimme für den Zentrumskandidaten abgeben?

Wir sagen:

Nie und nimmer!

Eine Partei, die ihre Versprechungen mit solchem Zynismus mit Füßen getreten hat, die ihre Wähler so hinterz Licht geführt hat, die mit dem Vertrauen des Volkes so gespielt hat,

dann wählt am 19. September

Karl Haberland

den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Das Wahlkomitee der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Düsseldorf.

einer solchen Partei kann niemand mehr Vertrauen entgegenbringen.

Mögen die Zentrumskandidaten sich wählen lassen von den Reichen und Mächtigen im Staate, deren Interessen das Zentrum so gut zu wahren verstanden hat. Aber nimmermehr kann das werktätige Volk einer solchen Partei seine Stimme geben.

Für das werktätige Volk kommt nur die Sozialdemokratie in Betracht,

die Partei der arbeitenden Bevölkerung.

Die Sozialdemokratie, die von jeher im Reichstage im Interesse des Volkes zu wirken bestrebt war, aber von den bürgerlichen Parteien dabei bekämpft oder im Stich gelassen wurde.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, die Interessen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten zu vertreten, für sie gilt der Grundsatz:

Des Volkes Wohl ist das höchste Gesetz!

Reichstagswähler des Wahlkreises Düsseldorf!

Wenn Ihr wollt, daß in der gesetzgeberischen Tätigkeit des Reichstages eine Aenderung von Grund aus erfolgt;

wenn Ihr wollt, daß nicht mehr die Interessen einiger Großgrundbesitzer und Großkapitalisten für die Gesetzgebung maßgebend sein sollen, sondern die Wohlfahrt der werktätigen Bevölkerung.

Existenz der Arbeiter und Kleinbürger bedeutend erschwert, den Kredit kleiner Gewerbetreibenden und Kleinbauern erheblich verteuert.

Das Zentrum hat aber auch dafür gesorgt, daß den reichen Schnapsbrennern, die Liebesgabenlilien auch für die Zukunft verbleibt.

Das Zentrum hat dafür gesorgt, daß schafften an Kinder und Ehegatten von je bleiben.

Und darum fragen wir noch einmal:

Kann ein Wähler am 19. September seine Stimme für den Zentrums-kandidat

Wir sagen:

Nein und nimmt

Eine Partei, die
Versprechungen
solchem Synonym
Füßen getreten
ihre Wähler so
Licht geführt hat
mit dem Ver
des Volkes so
hat,

dann wählt

Karl

den Kandidat

einer solchen Partei
kann niemand mehr
Vertrauen entgegen-
bringen.

Zentrums-kandidaten sich wählen lassen von den Mächtigen im Staate, deren Interessen das Volk zu wahren verstanden hat. Aber nimmermehr wird das Volk einer solchen Partei seine

das werktätige Volk
nur die Sozialdemo-
kratie in Betracht,

arbeitenden Bevölkerung.

Sozialdemokratie, die von jeher im Reichstage im Interesse des Volkes zu wirken bestrebt war, aber von den Parteien dabei belämpft oder im Stich gelassen

Sozialdemokratie lehnt es ab, die Interessen der Arbeiter und Großkapitalisten zu vertreten, für sie

des Volkes Wohl ist
höchste Gesetz!

tagswähler des
reises Düsseldorf!

volkt, daß in der gesetzgeberischen Tätigkeit eine Aenderung von Grund aus erfolgt;

volkt, daß nicht mehr die Interessen einiger Arbeiter und Großkapitalisten für die Gesetzgebung maßgebend sein sollen, sondern die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung.

September

erland

aldemokratie.



Das Wahlkomitee der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Düsseldorf.